

Heute weiß ich, daß auf diese Informationen immer weniger und zuletzt offensichtlich überhaupt nicht mehr reagiert wurde. Das reale Stimmungsbild paßte nicht in die Wunschvorstellungen der führenden SED-Politiker, vor allem des Generalsekretärs Honecker. Entgegen allen Behauptungen wußte er immer weniger, was die Menschen tatsächlich bewegte, welche Sorgen und Nöte sie hatten.

Natürlich mache ich mir heute den Vorwurf, im Rahmen meiner Möglichkeiten dieser Problematik nicht mehr Nachdruck verliehen zu haben. Meine eigenen Versuche in dieser Hinsicht waren zu schüchtern und zu zaghaft. Im Mai 1988 habe ich dazu auf einem Parteiforum im Bezirk Frankfurt(Oder) gesprochen, nachzulesen u.a. in den Zeitungen "Der Tagesspiegel" und "Die Welt" vom 18.5.1988. Meinen Auftritt hat man in der Parteiführung sehr kritisch registriert, insbesondere die Reaktion in der "Westpresse". Solche Lageeinschätzungen aus dem Munde eines Generals der Staatssicherheit in der Öffentlichkeit paßten ganz offensichtlich nicht in die politische Gedankenwelt dieser Leute.

Noch im Jahre 1989 wurde über sich abzeichnende Entwicklungstendenzen, insbesondere auch über Ursachen, Motive und begünstigende Bedingungen für den Weggang hunderttausender DDR-Bürger informiert, ohne daß zwingend die erforderlichen Schritte im Interesse des internationalen Ansehens der DDR und vor allem ihrer Bürger veranlaßt worden wären.

Es muß auch klar gesagt werden, daß das MfS nicht nur ausschließlich ein Ministerium war, dessen vorrangige Aufgabe darin bestand, der wachsenden politischen Instabilität der DDR durch eine Perfektionierung des Überwachungsapparates zu begegnen. Es gab beispielsweise Dienstseinheiten, die sich mit der Aufdeckung und Entlarvung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit befaßten. Oder hunderte Mitarbeiter, vor allem in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, waren ausschließlich damit beschäftigt, vorbeugend Schäden von der zum Teil maroden Volkswirtschaft der DDR abzuwenden.

Von der Haltung der sowjetischen Staatssicherheit enttäuscht

Weiterhin wurde ein nicht unbedeutendes Kräftepotential eingesetzt, um Bündnispflichten im Rahmen des Warschauer Vertrages zu erfüllen. Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der sowjetischen Staatssicherheit war der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 7. Oktober 1977. Es gab weitere Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten oder Staaten der Dritten Welt.